

Resolution I

Wir, die versammelten Einwohner der Stadt Freiburg, lehnen den Bau des geplanten AKW Wyhl entschieden ab. Ein Atomkraftwerk ist prinzipiell mit schwersten Unfallgefahren verbunden! Somit stellt das AKW Wyhl eine massive Bedrohung für unsere Gesundheit und unser Leben dar.

Im Hinblick auf das ungeheure mögliche Ausmaß eines Unfalls und seiner Langzeitwirkungen bringt es eine unkontrollierbare Gefahrensituation für unsere Stadt mit sich.

Diese Bedrohung geht schon jetzt von dem AKW Fessenheim aus! Hinzu kommen die unvorhersehbaren Beeinträchtigungen der Umwelt: die Verschlechterung des Klimas, eine unerträgliche Belastung des Rheins, die Gesundheitsgefährdung durch die dauernd abgegebene Niedrigstrahlung.

Durch die als „Baulinie '80“ geplante Veränderung werden Sicherheitsvorkehrungen, die früher vorgesehen waren, nicht mehr berücksichtigt.

Eine weitere Veränderung ist das geplante Kompaktlager. Darin sollen gegenüber der ursprünglichen Planung mehr als doppelt so viele abgebrannte Brennstäbe solange untergebracht werden, bis sie in einer Wiederaufarbeitungsanlage oder in einem zentralen Zwischen- oder Endlager aufgenommen werden können. Da es diese ebenso risikoreichen Entsorgungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik nicht gibt, soll das Kompaktlager in der Zwischenzeit als Atommülldeponie dienen. Dadurch werden weitere Zugzwänge in Richtung einer zentralen Atommülldeponie geschaffen.

Aus diesen Gründen fordern wir den Gemeinderat der Stadt Freiburg auf, in einer öffentlichen Sitzung folgenden Beschluß zu fassen:

- Der Gemeinderat der Stadt Freiburg spricht sich, gestützt auf das Votum der Bürger der Stadt gegen den geplanten Bau des AKW Wyhl aus!
 - Die Stadt Freiburg schöpft alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten aus, um den Bau des geplanten AKW Wyhl zu verhindern!
 - Die Stadt Freiburg fordert von der Landesregierung den Verzicht auf das geplante AKW Wyhl!
 - Die Stadt Freiburg setzt sich mit allen Mitteln für die Stilllegung des AKW Fessenheim ein!
 - Die Stadt Freiburg beauftragt in Absprache mit den Bürgerinitiativen ein unabhängiges Forschungsinstitut, die Gefährdung Freiburgs durch das geplante AKW Wyhl zu untersuchen!
 - Die Stadt Freiburg beteiligt sich an den bereits entstandenen und noch zu erwartenden Prozeßkosten! (Treuhandkonto Wyhl, K. H. Ullaas, Volksbank Freiburg BLZ 680 900 00, Kto. 101 418 34)
 - Sollte die Landesregierung versuchen, den Bau des AKW gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung mit Polizeigewalt durchzusetzen, verweigert die Stadt Freiburg der Landesregierung jegliche Unterstützung (wie etwa die Bereitstellung von Unterkünften für die Polizeikräfte)!
-